

Protokoll Vollversammlung (VV) 14.12.2016

Beginn:18:16

Ende: 21:05

Teilnehmendenanzahl: 474

Anwesende Präsidiumsmitglieder*Innen: Sebastian Gräber, Anna Zimmer, Falco Wehmer

Protokollierende: Nikolas Dietze und Florian Weiß

TOP 0: Formalia

1) Geschäftsordnung und Präsidium

Begrüßung und Vorschlag zur Moderation durch das Präsidiumsmitglied Sebastian Gräber; Anna Zimmer, Sebastian Gräber und Falco Wehmer werden als Sitzungsleitung der Vollversammlung vorgeschlagen und ohne Gegenrede/Gegenvorschläge angenommen. Als Protokollierende werden Nikolas Dietze und Florian Weiß vorgeschlagen und ohne Gegenrede/Gegenvorschläge angenommen.

Die Redeleitung unterbreitet dem Plenum einen Vorschlag zur Geschäftsordnung (GO), den sie entsprechend erläutert (Siehe Geschäftsordnung).

Vorschlag zur GO: Feststellung der Stimmberechtigung durch Kontrolle der Unicards; Begründung: entspricht dem demokratischen Verfahren.

Präsidium bewilligt Vorschlag

Unicards, Studienbücher, Immatrikulationsbescheinigungen werden kontrolliert.

Präsidium erläutert weiteres Vorgehen.

Frage: Warum dieses Beschlussfähigkeitsverfahren? Sitzungsleitung muss jederzeit Beschlussfähigkeit feststellen können.

Verweis auf Satzung zur VV.

Vorschlag zur GO: Präsidium soll jederzeit Beschlussfähigkeit feststellen können

Muss nicht beschlossen werden, das steht so in der Satzung.

Frage: Warum zählen Enthaltungen zu Nein? Enthaltungen sollen als Enthaltungen zählen.

Das gibt die Organisationssatzung nicht her und ist auch genau so gewollt, um eine sinnvolle Hürde vor VV-Beschlüsse zu setzen. Das heißt doch nicht, dass Enthaltungen nicht möglich sind.

Das Konzept der absoluten Mehrheit wird nochmal erklärt.

Abstimmung zur GO: deutliche Mehrheit pro, 1 Gegenstimme, ~30 Enthaltungen

Einwand: Stimmberechtigung noch nicht kontrolliert

Nochmals Verweis auf Satzung: bis zu diesem Zeitpunkt besteht kein Bedarf der Feststellung.

Es erfolgt Feststellung der Stimmberechtigung; 474 Stimmberechtigte anwesend.

2) Vorschläge zur TO

Die vorläufige Tagesordnung (TO) wird vorgestellt.

Weitere Frage: Bitte Leute beachten, die zur Tür hereinkommen – Stimmenzahl!

Wir können nicht alle zwei Minuten die Beschlussfähigkeit feststellen, da dies den Ablauf unmöglich macht.

Vorschlag zur TO: Vorziehen von TOP 5 zu neuem TOP 2:

Gegenrede: TOP nicht so wichtig wie andere TOPs, Vorziehen fragwürdig.

Abstimmung: Deutliche Mehrheit für das Vorziehen; TOP 5 ist neuer TOP 2.

Vorschlag zur TO: Vorziehen von TOP 4 auf TOP 3.

Keine Gegenrede TOP 4 ist neuer TOP 3.

Vorschlag zur TO: eigentlich GO-Antrag: Rederecht nur für Studierende

Gegenrede formal

Abstimmung: Pro: deutliche Mehrheit, 24 Nein, ~48 Enthaltungen

Keine weiteren TO-Anträge

3) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit der VV liegt bei 250 immatrikulierten Studierenden. Die Zählung der anwesenden Studierenden ergibt 474. Damit ist die Vollversammlung beschlussfähig.

TOP 1: Informationen und Grußwort des Vorstandes

Informationen und Grußwort siehe Anhang.

Keine Rückfragen

TOP 2: Antrag zur Entziehung der ideellen und finanziellen Unterstützung von Falsch Verbunden

Antrag wird vorgestellt; siehe Anhang (Mit dem Antrag wurde sich nicht befasst).

Weitere prinzipielle Anmerkung: Sowohl vom Logo als auch aus der Selbstdarstellung des AKs gehe hervor, dass es nur darum gehe, Stimmung gegen Verbindungen zu machen. Distanzierung von Gewalt und Entschuldigung gegenüber Opfern fände nicht statt. Der AK nehme Urteile vorweg. Als Alternative böte es sich an, einfach mal mit Verbindungsstudierenden zu sprechen, bspw. über offene Briefe o.Ä. Ein solcher Dialog ist nur möglich, wenn die Zusammenarbeit mit dem AK eingestellt wird.

GO-Antrag: Nichtbefassung Begründung: Fehlerhafte Darstellung in vielen Punkten beim Antragssteller, StuRa- und VV-Beschlusslage des Vorjahres sind klar.

Gegenrede: Die Distanzierung sollte eine öffentliche Distanzierung sein, nicht vor 20 Mann (Zwischenruf: und Frauen!). Letzte VV habe auf Nichtbefassung beschlossen, davon werde das Problem nicht verschwinden. Viele Korporierte fühlten sich bereits jetzt aus der VS ausgeschlossen. Dialog ist immer besser, als Dinge kaputt zu machen.

Zwischenruf: Schreibt die GO nicht vor, sich mit den Anträgen zu befassen?

GO schreibt vor, sie auf der TO zu lassen, Nichtbefassung heißt nicht Entfernung von der TO.

Abstimmung (genaue Auszählung): 259 ja, 135 nein, 48 Enthaltungen

Mit dem Antrag wird sich nicht weiter befasst

GO-Antrag: hat hier gerade ein Verstoß zu §1.4 der Satzung stattgefunden?

(Gelächter, Zwischenrufe)

Bei diesem Antrag handelt es sich nicht um einen GO-Antrag.

Wortmeldung: Es wurde ein Thema vorgestellt – warum darf dazu nur eine Person was sagen?

Weil das gerade so abgestimmt wurde.

Wir sind hier doch nicht bei Kafka?

Es wurde nach dem Verfahren vorgegangen – Regeln haben ihren Grund.

Ca. 30 Personen verlassen nach Ende des TOPs den Saal.

(Zwischenrufe)

GO-Antrag: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Vorschlag: Überprüfung erst bei der nächsten Abstimmung

Akzeptiert und GO-Antrag zurückgezogen

TOP 3: Antrag zum Rahmenvertrag mit der VG Wort

Antrag wird vorgestellt. Beschlusslage siehe Anhang.

Frage: Warum wird dieser Vertrag neu ausgehandelt?

Es gab 2013 ein BGH-Urteil, das die Einzelabrechnung begründet, dass dies erst jetzt kommt, liegt an den technischen Möglichkeiten.

Frage: In wie weit betrifft das Folien etc.?

Betrifft nur Texte, die unter das Urheberrechtsgesetz fallen und von der VG Wort vertreten werden.

Frage: Wie ist der Zusammenhang mit der heutigen Mail der Prorektorin für Lehre?

Es gibt eine neue Arbeitsgruppe, die bis Jahresende eine Lösung finden soll, aber die Erfolgsaussichten sind gering und verlagern das Problem auch nur in die Zukunft.

Frage: Kann man im Antragstext die Ablehnung etwas konkretisieren, bspw. öffentliche Äußerungen mit Forderungen nach einer neuen Pauschallösung?

Ist das ein Änderungsantrag? Wollen die Antragsteller*innen das aufnehmen?

Die Antragstellenden finden es nicht gut, einen zu konkreten Beschluss zu fassen, da dieser sonst auf zukünftige Sachverhalte nicht anwendbar sei.

Frage: Warum stellt ihr einen Antrag, den Vertrag abzulehnen, und nicht entsprechend der Position des Rektorats, dem Vertrag nicht beizutreten?

Wir verstehen die Haltung des Rektorats, uns würde aber ein Kompromiss genügen, es muss nicht der Status Quo sein.

ÄA ist inzwischen formuliert und wird verlesen.

ÄA wird von den Antragssteller*innen übernommen

Wortmeldung: Dem Antrag sei hinzuzufügen, dass das Land den Pauschalbetrag tragen soll.

Auch dieser ÄA wird übernommen.

Wortmeldung: Bitte projiziert den geänderten Antrag an.

Wortmeldung: Sind skeptisch gegenüber der neuen Arbeitsgruppe und deren Erfolgsaussichten; wir sollten auch aufnehmen, was passiert, wenn die keinen Erfolg haben.

Auch das wird als ÄA ausgearbeitet.

Frage: Müssen die ÄAs nicht abgestimmt werden?

Nicht, wenn die Antragstellenden diese direkt übernehmen.

Wortmeldung: Das BGH-Urteil lässt doch eine Pauschalzahlung nicht mehr zu?

Doch, das Urteil besagt nur, dass eine Einzelabrechnung prinzipiell zumutbar ist.

Wortmeldung: Der Antrag hat jetzt zwei inhaltliche Punkte, die voneinander unabhängig sind; Antrag auf getrennte Abstimmung.

Antragsstellende übernehmen diesen Antrag nicht

Nochmal: Punkt 1: Ablehnung VG Wort, Punkt 2: Kostenübernahme durch das Land

Rückfrage: Verstehe ich das richtig, dass jetzt zwei Dinge abgestimmt werden sollen?

Ja, zwei Dinge, zwei Abstimmungen.

Antragsstellende: Wir würden das nicht so übernehmen.

Abstimmung über Änderungsantrag 4 (Aufspaltung): 18 Ja, 302 Nein, 69 Enthaltungen

Änderungsantrag abgelehnt.

Zurück zum Hauptantrag, mittlerweile ergänzt um ÄA 1-3

Abstimmung, vorher wird der geänderte Hauptantrag verlesen. Mehrheit auf Sicht, 2 Nein, 13 Enthaltungen.

GO-Antrag: Vorziehen von TOP 5 auf TOP 4, Begründung: politische Dringlichkeit

Gegenrede: beide Themen sind interessant, aber wenn wir ein „unsichtbareres“ wichtiges Thema nach hinten verschieben, nehmen es wieder weniger Menschen wahr.

Abstimmung: 121 Ja, 153 Nein, viele Enthaltung

GO-Antrag abgelehnt.

TOP 4: Stellungnahme zur Exzellenzstrategie der Uni Freiburg

Antrag wird vorgestellt; Beschlusslage siehe Anhang.

Frage: Handelt es sich bei der Exzellenzinitiative um eine Zusatzfinanzierung oder gehen die Mittel an anderer Stelle verloren?

Grundsätzlich ist es eine Zusatzfinanzierung, aber im Endeffekt ist es Bundesgeld, das jetzt in den Wettbewerb geht und genauso gut auch in die Grundfinanzierung gehen könnte.

Frage: Was sind Exzellenzcluster?

Das sind Forschungsverbünde an den Universitäten. Man sieht eine Fokussierung auf den MINT-Bereich, außerdem gehen immer wieder Grundmittel in die Cluster.

Frage: Eigentlich steht die Exzellenzinitiative schon fest, und wir werden an dieser Runde nichts mehr ändern können, richtig?

Ja, das Verfahren ist schon wieder sehr weit fortgeschritten, wir wollen uns aber gegen die Exzellenzstrategie grundsätzlich positionieren, auch für die Zukunft, da kann man vielleicht nochmal was bewirken.

Entgegnung: Freiburg hat doch immer gut abgeschnitten - wollen wir uns soweit beschneiden und der Uni in die Suppe spucken, wenn wir davon profitieren können?

Es wirkt glaubwürdiger, wenn wir uns positionieren, bevor wir gewinnen oder verlieren. Zu einer weiteren Ausschreibung wird es vermutlich nicht mehr kommen.

Wortmeldung: Verstehe ich das falsch? Wodurch fehlt Teilen der Uni Geld, wenn andere mehr bekommen?

Man könnte sich dafür einsetzen, allen Standorten zu helfen, und nicht nur den Exzellenzclustern.

Frage: Zu Punkt 3 des Antrags: bitte konkretisieren!

Ich stelle mir vor, dass Studierende in allen Gremien, auch im Unirat etc. beteiligt sind und dort die Position der Studierendenschaft einbringen können, dass wir Wettbewerb und Exzellenz ablehnen.

Wortmeldung: Das Exzellenzgeld ist sehr wenig im Vergleich zu den großen Arbeitsvolumen, die dadurch den Fachbereichen und Fakultäten entstehen.

Wortmeldung: Schon auf Landesebene funktioniert Exzellenz nicht, schon das Geld aus dem Hochschulfinanzierungspakt hat nicht gereicht und teilweise Unis in den Ruin getrieben, weil sich immer mehr Gelder bei den forschungstarken Unis konzentrieren.

Frage: Wer oder was soll die Petition gegen die Exzellenzstrategie unterschreiben?

Die Verfasste Studierendenschaft als Körperschaft

Wortmeldung: Wir brauchen eine Grundfinanzierung ohne die Exzellenzinitiative. Wir sollten uns für Grundfinanzierung aussprechen, ohne die Exzellenzinitiative abzulehnen.

Deutschland hat als Wissenschaftsstandort dadurch gewonnen, dass überall Forschung möglich war. Die Exzellenzinitiative gefährdet das.

Wortmeldung: Das deutsche System ist viel zugänglicher als das an anderen Orten. Freiburg steht in einer guten Position. Daher ist eine Freiburger Erklärung gegen die Exzellenz besonders aussagekräftig.

ÄA: Wird vorgestellt und übernommen.

Wortmeldung: Es geht hier nicht nur um Geld, sondern auch um sehr viel Zeit und Energie, die alleine durch die Antragsstellung aufgefressen werden. Diese Zeit wäre in Lehre und grundfinanzierter Forschung besser aufgehoben.

Frage: Durch die Förderung müssen Institute und Lehrstühle geschlossen werden? Das ist nicht nachvollziehbar!

Aussage wurde falsch verstanden, Exzellenz anderer Unis zieht Menschen, Geld und Projekte von anderen Standorten ab.

GO-Antrag: Schließung der Redeliste

GO-Antrag: Ende der Debatte → weiterführender Antrag, wird deshalb zuerst behandelt.

Gegenrede: Die Debatte hier zu schließen ist schwierig, weil das Thema extrem wichtig ist.

Abstimmung Ende der Debatte: 94 Ja, 186 Nein, Rest Enthaltung

GO-Antrag auf Ende der Debatte abgelehnt.

Ende der Redeliste ohne Gegenrede angenommen.

Verfahrensvorschlag: Abstimmung der ersten drei Punkte im Block, vierter Punkt extra.

Ohne Gegenrede angenommen.

Wortmeldung: Zu Punkt 4: Mitwirkung in den Ausschüssen wird schwierig, wenn man politisch eine komplette Ablehnung der Exzellenzinitiative vertritt, aufgrund

des geringen Stimmgewichts in den Ausschüssen gewinnen wir so nichts und machen uns unglaubwürdig.

Wortmeldung: Johanna Wanka hat im Ministerium nicht das Nazigold gefunden und muss jetzt Milliarden ausgeben. Jeder Cent, den der Staat ausgibt, muss irgendwo eingespart werden. Das nennt man Opportunitätskosten.

Wortmeldung: Ich halte es auch für sinnlos, sich an den Gremien zu beteiligen. Wenn wir uns uneindeutig äußern, werden wir nicht ernst genommen.

Wortmeldung: Das Hauptargument, dass man das Geld auch anders sinnvoll verwenden kann, sollte in den Antrag kommen, dann klingt der auch positiver.

Wortmeldung: Hochschulen kann Geld fehlen, weil sie nicht langfristig genug gefördert werden – wenn jetzt viele DFG-Mittel langfristig an einen Ort gebunden sind, fehlt das für kleinere Projekte.

Wortmeldung: Jeder Antrag kostet sehr viel Aufwand. Exzellenzanträge sind nicht aufwändiger als andere Anträge mit vergleichbarem Umfang.

Anders als in anderen Anträgen mischt sich bei Exzellenzanträgen noch das Rektorat ein, es gibt hier sogar extra einen Marketingmenschen dafür.

Abstimmung Punkte 1-3: Mehrheit auf Sicht Ja, 26 Nein, 21 Enthaltungen

Antrag damit angenommen.

Abstimmung Punkt 4: 129 Ja, 91 Nein, 107 Enthaltungen

Antrag damit abgelehnt, weil absolute Mehrheit nicht erreicht.

TOP 5: Antrag zur geplanten Einführung der Studiengebühren und zur Erhöhung des Verwaltungsbeitrags

Antrag wird vorgestellt; Beschlusslage siehe Anhang.

Frage: Soll der Antrag komplett oder in 3 Teilen abgestimmt werden?

Alle drei zusammen.

Frage: Wie viel von den Geldern kommt bei den Unis an? Laut Gesetz 300€ von 1500€?

In der Tat!

Frage: Wie sieht es aus mit Langzeitstudiengebühren?

Das war in der Diskussion, wurde aber vorerst abgelehnt.

Drittmittelfinanzierung stand auch schon im Raum, ist aber auch vom Tisch.

Frage: Wie viele Studierende sind von den Zweitstudiengebühren betroffen? Gibt es eine Alternative zum Gebührenmodell? Die schwarze Null hat ja Verfassungsrang? Gibt es eine (einstimmige) StuRa-Position? Was sagen LHG und RCDS dazu?

Zu 1. Gibt es selbst beim Ministerium keine verlässlichen Zahlen.

Zu 3. Es gibt diverse Beschlüsse zu dem Gebührenthema.

Zu 2. Die schwarze Null steht zwar im Gesetz, wie man sie erreicht ist aber eine politische Entscheidung und sollte auch so behandelt (und angegangen) werden.

Wortmeldung: Zu Frage 1: Relevanz macht sich nicht an der Anzahl der betroffenen Menschen fest.

Wortmeldung: Ich habe Frau Ministerin Bauer eine Mail mit Fragen geschrieben, die Antwort würde ich gerne verlesen.

(Zustimmung)

(Mail wird verlesen)

Tenor der Mail: Menschen kommen zum Studium nach Deutschland, weil die Bedingungen so gut sind. Weil gute Bedingungen Geld kosten, muss man jetzt den Internationalen Studierenden Geld abnehmen, um dieses Niveau zu halten.

Wortmeldung: Die Studiengebühren für ausländische Studierende haben auch rassistische Komponenten, das sieht man auch an der Sonderposition der Musikhochschulen, an der die (Zitat) „asiatische Musikelite“ nicht gefördert werden soll.

Das Gesetz wird außerdem noch erheblichen Verwaltungsaufwand verursachen, viele Bestimmungen des Gesetzes sind noch unklar oder undefiniert, die Ausnahmeregelungen schwammig oder sinnlos.

Frage: Wie kann eine Kostenreduktion oder Gebührenerhebung (zweckgebunden) den Landeshaushalt sanieren? Ist das legal?

Das entzieht sich unserer Kenntnis, es gibt auch Studien, die der ökonomischen Interpretation des Ministeriums widersprechen.

Wortmeldung: Man spielt doch hier mit den Begriffen. Diskriminierung muss klar als Diskriminierung benannt werden!

Wortmeldung: An der Mail verwirrt mich, dass sich EU-Bürger auf die Inländer*innen-Vorteile beziehen können. Zahlen diese die Gebühren oder nicht?

Nein.

Wortmeldung: Als Betroffene finde ich okay, dass wir etwas zahlen sollen, aber ein Faktor 10 ist krass. Wird BaWü damit zum teuersten Standort?

Wortmeldung: Wenn Sparen nötig wird, sollte das nicht bei der Bildung stattfinden. Baden-Württemberg leistet sich etliche Prestigebauten, einen direkt vor der Tür, in dem anderen werden wir bald sitzen.

Frage: Wie genau ist hier Zweitstudium definiert.

Zweites Studium nach einem abgeschlossenen Bachelor, also weiterer Bachelor. Master oder Studienabbruch zählen nicht!

Wortmeldung: Man sieht an den USA und anderen Ländern, welche schlimmen Effekte es hat, wenn ein teures Studium die Mittelschicht ausschließt. Deutschland hat die Verpflichtung, als Reparation für den Kolonialismus dem Rest der Welt günstige Studienplätze zur Verfügung zu stellen.

GO-Antrag: Getrennte Abstimmung

Gegenrede: Die Punkte überschneiden sich.

Abstimmung: Deutliche Mehrheit für Nein, Antrag abgelehnt.

GO-Antrag: Ende der Redeliste

Keine Gegenrede, Redeliste wird geschlossen.

Wortmeldung: Da der Gesetzesvorschlag vom Wissenschaftsministerium kommt: Gerade in der globalisierten Welt ist Austausch wichtig. Das fängt beim Studium an. Es ist nicht nachvollziehbar, warum man dies gesetzlich hemmt.

Wortmeldung: Zum rassistischen Aspekt: den würde ich ausklammern - Musikhochschulen haben ihr eigenes System, das wäre alles eine separate Diskussion, gerade im Zusammenhang mit den stark verschärften Aufnahmeprüfungen.

Dazu stimmen wir auch nicht ab, aber man sollte diese Dimension auch nicht verschweigen.

Wortmeldung: Die Rassismusdimension kann man nicht ausklammern, wenn eine Selektion nach Herkunftskriterien stattfindet. Schon die Tests zur Aufnahme kosten Geld, bei den ausländischen Studierenden kommen noch Visa- und sonstige Kosten dazu.

Wortmeldung: Ministerin Bauer war letzte Woche in der UB, um einen Preis zu verleihen und wurde dabei im Gespräch mit Studierenden daran erinnert, dass sie ihren Wahlerfolg auch den Studierenden verdankt.

Einwand: Sie hat das Gespräch nicht gesucht, sondern eine Protestaktion hat das Gespräch erzwungen.

Einwand: Die Grünen haben sich politisch schon immer dafür eingesetzt, dass nur das Erststudium kostenfrei ist. Deswegen sollten wir uns auf das Rassismusargument fixieren.

Wortmeldung: Ich hätte gerne die Meinung von CampusGrün und dem RCDS zu den Studiengebühren. Außerdem: Man sollte nicht nur die Einnahmenseite betrachten. Wir als Elite sollten uns auch allgemein zu Ungleichheit positionieren – Einkommenssteuer, etc.. Das Zweitstudium ist auch eine Luxusdiskussion – wie steht ihr zu anderen Gebühren in der beruflichen Bildung?

Wir lehnen grundsätzlich Bildungsgebühren ab. Einkommens- und Vermögenssteuer finde ich als Privatperson gut.

Redeliste damit am Ende.

Abstimmung: Mehrheit auf Sicht, 7 Nein, 3 Enthaltung

TOP 6: Sonstiges

Es wird die Besetzung des Audimax bekanntgegeben.

Parole: „Studiengebühren sind ein Projekt der Spaltung – wir lassen uns nicht spalten“

Wortmeldung: Bitte Termine und Antragsschluss der VV früher bekanntgeben, zwecks besserer Vorbereitung.

Wortmeldung: Ich bin Ersti, ich hatte hier echt Spaß, aber ich fühle mich hier wie im Bizarroland, wenn es heißt, das Problem löst sich von selbst, wenn hier 90 Menschen den Saal verlassen. Dass Falsch verbunden unterstützt wird und hier ein Thema einfach nicht diskutiert wird, halte ich für den falschen Weg. Nur weil man in einem Verein ist, ist das nicht alles, was ein Leben einnimmt (Zwischenruf: bei Burschis schon).

GO-Antrag: Alle Wortmeldungen, die sich auf dieses Thema beziehen, nicht zuzulassen, weil wir uns beschlossen haben, uns nicht mit dem Antrag zu befassen.

Antrag als richtig erkannt.

Wortmeldung: Ist es möglich, den StuRa auf 20 Uhr zu verlegen? Viele Studis haben keine Zeit!

Das liegt an der Hausordnung und kann in diesem Semester nicht geändert werden.

GO-Antrag: Ende des Tagesordnungspunktes, Kanzler und Schiewer kommen.

Präsidium: Nicht ihr, sondern wir beenden die Vollversammlung! Das ist hiermit geschehen, da es keine weiteren Meldungen gibt.